

„Nachbarschaft wird wichtiger“

Brigitte Scholz leitet seit 100 Tagen das Amt für Stadtentwicklung der Stadt Köln

Was braucht Köln für den Weg in die Zukunft?

Als ich mich beworben habe, habe ich mich gefragt: Gibt es eigentlich eine Gesamtstrategie für Köln? Wohin will die Stadt? Gerade wenn das Geld und die Flächen knapper werden, muss man genau hinschauen und entscheiden, worauf man sich konzentrieren will. Es gibt viele einzelne Pläne, die wir gemeinsam im Blick behalten müssen. Deshalb starten wir mit dem Leitbild „Kölner Perspektiven 2030“ und werden die Zukunft Kölns nächstes Jahr mit der Stadtgesellschaft diskutieren. 2019 soll dann das gesamtträgliche Leitbild vorliegen.

Das könnte bedeuten, dass man jemandem auch etwas wegnehmen muss. Geht das in einer großen Stadt überhaupt?

Es geht nicht ums Wegnehmen. Es geht darum, etwas zu schärfen.



Brigitte Scholz in ihrem Büro im Stadthaus Foto: Martina Goyert

ZU ZIELEN FÜR DER STADT:
Wenn der Dampfer die Richtung wechseln soll, braucht er ein klares Ziel und einen robusten Kurs

Man schaut sich an, was gut und was weniger gut läuft. Andere große Städte wie München oder Berlin haben so eine Strategie entwickelt. Die haben zum Beispiel sogenannte Zukunftsräume benannt, in denen man auf das Wachstum der Bevölkerung reagiert.

Viele haben vor allem den Eindruck, dass in Köln alles ewig lang dauert. Sehen Sie das nicht so?

Dass manche Dinge lange brauchen heißt nicht, dass die Verwaltung langsam ist. Köln ist eine große Stadt mit einer großen Verwaltung. Das ist ein großer Dampfer, der nicht mal eben schnell die Richtung wechselt. Das wäre auch gar nicht gut. Die Bürger verlangen zu Recht Verlässlichkeit. Wenn der Dampfer also die Richtung wechseln soll, braucht er ein klares Ziel und einen robusten Kurs.

Nennen Sie mal einen Beispiel?

Der Wohnungsbau ist ein gutes Beispiel. Wir verbinden Stadtentwicklungskonzepte, die dafür sorgen sollen, dass mehr gebaut wird, mit inhaltlichen Vorgaben. Das kooperative Baulandmodell legt fest, dass 30 Prozent öffentlich

Hinter all diesen Aktivitäten steht der Wunsch, das vielbesungene Leitbild einer bunt gemischten Stadt, wo möglichst alle zusammenhalten, irgendwie am Leben zu erhalten. Ist das nicht ein Selbstbetrug? Man sollte das Ideal der gemischten europäischen Stadt mit stabilen Strukturen und gewachsenen Veedeln, wo jeder nach jedem guckt, nicht aufgeben. Nachbarschaft und das Miteinander im Quartier werden immer wichtiger – erst recht wenn die Stadt wei-

ZUR STADTENTWICKLUNG:
Nachbarschaft wird immer wichtiger – erst recht wenn die Stadt weiter wächst

ter wächst. Wir müssen Nachbarschaften und Verantwortungsgemeinschaften stärken.

beeinflussbare Größe ist. Warum müssen wir denn eigentlich wachsen?

Wir haben keine Möglichkeit, die Wanderungsbewegungen zu steuern. Die Menschen drängen in die Stadt, außerdem steigen die Geburtenzahlen. Wenn wir wollen, dass keiner verdrängt wird, müssen wir reagieren. Außerdem ist es für Köln durchaus interessant, diejenigen zu halten, die zum Beispiel zum Studium in die Stadt kommen. Das Wachstum hat dann Grenzen, wenn wir keine Flächen mehr anbieten können. Deshalb verstärken wir die Kooperation in der Region und überlegen, wer was tun kann.

Aber die Menschen wollen innenstadtnah wohnen. In neuen Quartieren im Umland oder an der Stadtgrenze würden dann diejenigen leben, die aus den innenstadtnahen Viertel verdrängt werden... Das versuchen wir zu verhindern.

Was kann das sein?

Man könnte zum Beispiel die Idee der Gartenstadt neu beleben. Für neue Stadtteile gilt, dass man wie früher direkt eine attraktive Infrastruktur mitplanen muss. Da gehören eine Schule, eine Kneipe und eine gute Verkehrsanbindung dazu. Dazu kommt eine gute soziale und grüne Infrastruktur. Bevor die Wohnungen gebaut werden, müssen die ersten Bäume in einem Park gepflanzt und der Nahverkehrsanschluss gebaut werden.

Für den Bahnanschluss bekommen Sie aber erst Zuschüsse, wenn sie in bewohnte Gebiete fährt.

Das muss anders werden.

Die Stadt hat die Bürgerbeteiligung ausgebaut und neue Formen erprobt. Jetzt zeigt sich bei großen Bauprojekten, dass dies auch eine Kehrseite hat: Es beteiligen sich diejenigen, die etwas verhindern wollen, während diejenigen, für die Wohnungen und Infrastruktur gebaut werden soll, im Beteiligungsprozess eigentlich gar nicht auftauchen. Wie sehen Sie das?

Das ist das alte Dilemma der Bürgerbeteiligung. So gründen sich ja auch Bürgerinitiativen nicht selten, um etwas zu verhindern. Aber dadurch kommen auch Prozesse in Gang. Wichtig ist, Transparenz zu schaffen. Dazu gehört auch, dass man den Bürgern stets die Gren-

ZUR BÜRGERBETEILIGUNG:
Man muss den Bürgern die Grenzen der Beteiligung deutlich machen – und solche Grenzen gibt es immer

zen der Beteiligung deutlich macht – und solche Grenzen gibt es immer. Beteiligung ist immer eine Ergänzung zum Entscheidungsprozess der gewählten Politiker, die ja auch die Interessen der nächsten Generation im Blick behalten müssen.

Wie geht es mit der Bürgerbeteiligung weiter?

Wir müssen neue Formate entwickeln, wie wir diejenigen einbeziehen, die sich bislang nicht beteiligen. In Chorweiler hat die Stadt erste gute Erfahrungen gesammelt. Wichtig ist mir auch, dass wir aus einzelnen Beteiligungsverfahren längerfristige Prozesse machen. Wenn man zum Beispiel Bürger bei der Gestaltung eines

Bauprojekte vorab besser prüfen

BÜHNEN SPD fordert bessere Standards sowie schärfere Kostenkontrolle

VON SARAH BRASACK

Mit ihrer Forderung an die Verwaltung, die Kosten für einen Neubau von Oper und Schauspielhaus an alternativen Standorten in der Stadt zu prüfen, hat die Kölner SPD am Wochenende Wellen geschlagen. Grund für die Forderung ist die Kostenexplosion an der Baustelle am Offenbachplatz: Die Vollendung der Sanierung von Oper und Schauspielhaus soll bis zu 570 Millionen Euro kosten. Ob es dabei bleibt, ist fraglich: Bernd Streitberger, technischer Betriebsleiter der Bühnen, gab bekannt, er wolle für die Einhaltung dieser Summe keine Garantie abgeben.

Fraktionschef Martin Börschel legte am Sonntag mit einer weiteren Forderung nach, die für alle Bauprojekte in der Stadt gelten soll: Er möchte, dass ein externes Expertengremium berufen wird, das verbindliche Standards entwickelt, die vor einem Baubeschluss künftig zwingend eingehalten werden müssen. Dazu könne beispielsweise die Einführung eines Planprüfers gehören, der kontrolliert, wie realistisch die Kostangaben eines Anbieters sind. „Es darf nicht wieder vorkommen, dass mit der Bauausführung ohne baureife Planunterlagen begonnen wird“, kritisierte Börschel. Auch dürften Projekte „nicht mehr durch scheinbar günstige Anfangsprognosen gängig gemacht werden, die dann nicht zu halten sind“. Fakt ist, dass die durch Ausschreibungen ausgesuchten Anbieter ihre anfänglich prognostizierten Kosten im Verlauf der Bau-



Börschel Foto: Goyert

Es darf nicht wieder vorkommen, dass mit der Bauausführung ohne baureife Planunterlagen begonnen wird

Martin Börschel